

Die Repression findet selbstverständlich nicht nur vor Gericht ihren Ausdruck. Die letzten Jahre waren geprägt von Hausdurchsuchungen, Observations- und Überwachungsmaßnahmen, Anquatsch- und anderen Einschüchterungsversuchen im politischen, sozialen, familiären und beruflichen Umfeld von Antifaschist*innen durch Akteur*innen des Verfassungsschutzes und LKAs, U-, Beuge- und Strafhaft, einer widerrechtlichen Auslieferung nach Ungarn, Einschüchterungsversuchen solidarischer Menschen und vielem mehr. Darüber hinaus entziehen und entzogen sich verfolgte Antifaschist*innen erfolgreich dem Zugriff der Ermittlungsbehörden.

ANTIFASCHISMUS & SOLIDARITÄT NOTWENDIG – UNSERE SOLIDARITÄT GEGEN IHRE REPRESSION

Aufgeblasene Prozesse und hohe Verurteilungen gegen eine Vielzahl von Antifaschist*innen lassen sich nicht nur durch den Ermittlungseifer rechter Spinner und schon gar nicht durch eine erhöhte Militanzbereitschaft antifaschistischer Politik erklären, sondern stehen unter einem unheilvollem Stern: §129a.

Nach der Reform im Jahr 2017 soll der Abschreckungsparagraph 129 nicht nur umfangreiche Überwachungsmaßnahmen rechtfertigen, sondern linken Aktivismus auf Basis von Indizien verurteilen. Der §129 mausert sich so vom Schnüffel- zum Einknastungsparagraphen. Für türkische und kurdische Aktivist*innen ändert sich dabei wenig. Ihre Politik wurde in der BRD von Beginn an durch den §129b kriminalisiert und durch Haftstrafen und Abschiebungen belegt.

Verurteilt werden nicht nur konkrete Tatvorwürfe, sondern Antifaschismus als Haltung. Die Kriminalisierung geht folglich über die Konsequenzen für die Angeklagten hinaus. Sie trifft Antifaschismus als Bewegung. Die staatliche Repression ist dabei nur die Spitze einer Delegitimierungskampagne. Diese zeigt sich weiter in Form von Raumverlusten für antifaschistische Gruppen, Kündigungen, Debanking. Konkrete Verbote der „Antifa“ bis hin zu Terroreinstufungen in Ungarn, den Niederlanden und den USA dienen als willkommener Vorwand um Kritik und Proteste zu unterbinden. Solidarität wird erschwert.

Doch unsere Solidarität ist ungebrochen! Wenn von Soko Linx bis zu Bundesanwaltschaft und dem Staatsschutz alle frei drehen, drehen wir auf. Wir stehen zusammen gegen die Angriffe auf den Antifaschismus. Dabei hilft Solidarität den unmittelbar Betroffenen mit harten Repressionsschlägen umzugehen. Sie hilft aber auch uns allen, trotz düsterer Perspektiven nicht den Mut und uns nicht in Vereinzelung zu verlieren. Solidarität gibt Kraft, weiterhin das Richtige zu tun und schafft die Gewissheit, dass wir füreinander da sind. In Zeiten starker Repression bilden Solidarität und antifaschistische linksradikale Politik ein Gegenmodell zu einer Gesellschaft, die auf Vereinzelung, Konkurrenz und Konsum setzt. Wir schaffen Gemeinsamkeiten und bauen Verbindungen auf.

Informiert euch auf

ANTIFAOSTKOMPLEX.ORG

über den laufenden Prozess in Dresden, wie ihr Inhaftierte unterstützen, euch an der solidarischen Prozessbegleitung beteiligen oder spenden könnt.

**BLEIBT AKTIV, UNBEQUEM &
ANTIFASCHISTISCH!
BIS ALLE FREI SIND!**

**BIS ALLE
FREI SIND**



**DER
ANTIFA
OST
KOMPLEX**

EINORDNUNG

Seit dem 25. November 2025 wird vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Dresden sieben Antifaschist*innen der Prozess gemacht. Ihnen wird die Mitgliedschaft in oder die Unterstützung einer kriminellen Vereinigung (§129 StGB) sowie das Mitwirken an sogenannten Vereinigungstaten vorgeworfen.

Der Gerichtsprozess ist ein weiterer Schritt der Kriminalisierung antifaschistischen Selbstschutzes.

Die Repressionswelle nahm ihren Anfang im Dezember 2019. Damals wurden Neonazis der Gruppe „Knockout 51“, die den Anspruch erhoben in Eisenach eine nationalsozialistische Zone errichtet zu haben, mehrfach angegriffen. Noch wurde in diesem Fall vor allem lokal ermittelt. Erst nach einem Angriff auf Neonazis am Bahnhof Wurzen, im Zusammenhang mit dem jährlichen Neonazi „Gedenkmarsch“ in Dresden 2020, werden die Ermittlungen ausgeweitet und politisch aufgeladen.

Die Sonderermittlungskommission Linksextremismus (SoKo LinX) wird 2019 als Law and Order Wahlkampfgeste der CDU aktiv. Das dezidierte Ziel besteht darin, konsequente linke Politik als Gefahr aufzubauen. Im Sommer 2020 folgen martialische Hausdurchsuchungen, DNA-Entnahmen und die Untersuchungshaft einer Genossin. Auf die Ermittlungen folgt das §129-Gerichtsverfahren (Antifa Ost-Verfahren) vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Dresden, bei dem vier angeklagte Antifaschist*innen im Mai 2023 zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden.



VOM ANTIFA OST-VERFAHREN ZUM ANTIFA-OST-KOMPLEX

Schon vor Beginn des Antifa Ost-Verfahrens rechnen die SoKo LinX und die Generalbundesanwaltschaft (GBA) der angenommenen Vereinigung und dem behaupteten Umfeld weitaus mehr Personen zu, als die Anklage umfasst. Folgeverfahren waren und sind absehbar. Dabei haben zwei Entwicklungen zur Ausweitung der Repression beigetragen:

Der Vergewaltiger und Verräter Johannes Domhöver wurde eine wichtige Stütze der Repression. Seine Geschichten lassen die auf Vermutungen basierenden Konstruktionsleistungen der Ermittlungsbehörden zutreffender erscheinen. Domhövers Aussagen richten sich nicht nur gegen die konkret Verdächtigten, sondern umfassen einen dreistelligen Personenanzahl. Sie spielten und spielen bei der Verfolgung und Verurteilung der Antifaschist*innen eine tragende Rolle.

In Anschluss an das Neonazi-Event „Tag der Ehre“ 2023 in Budapest wurde die Repression abermals ausgeweitet. Nach Angriffen Neonazis tauschen sich ungarische und deutsche Ermittlungsbehörden aus. Es soll eine kriminelle Vereinigung zugeschlagen haben. Orban nennt sie im Einklang mit Trump und der Medienberichterstattung „Antifa Ost“. Die USA erklärt sie zu einer terroristischen Organisation. Während in Ungarn dieser Vorwurf die gesamte antifaschistische Bewegung einschließt. Aufgrund der Ausweitung der politischen und juristischen Angriffe auf den antifaschistischen Selbstschutz sprechen wir vom Antifa-Ost-Komplex.

DIE JURISTISCHE DIMENSION: GERICHTSVERFAHREN OHNE ENDE?

Nach der Eröffnungen des ersten Antifa Ost-Verfahrens vor dem Staatsschutzsenat des OLG Dresden wurde bisher vier Mal Anklage gegen Antifaschist*innen in diesem Komplex erhoben:

BUDAPEST

Nach gut zwei Jahren endete im Februar 2026 der Prozess in erster Instanz vor dem Landgericht in Budapest. Vier Genoss*innen wurden zu überwiegend zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Eine weitere Genossin entkam nach Untersuchungshaft vorerst dem Prozess durch ein Mandat im Europaparlament.

DRESDEN & DÜSSELDORF

Das Verfahren in Dresden, richtet sich gegen sieben Antifaschist*innen. Mit gut 140 angesetzten Verhandlungstagen ist es bisher der umfangreichste Prozess gegen Antifaschist*innen in Deutschland. Ähnliches gilt für das Verfahren in Düsseldorf, gegen sechs Antifaschist*innen. In diesen beiden Gerichtsprozessen werden sowohl die Angriffe in Budapest, als auch mehrere Angriffe auf Neonazis und ihre Läden in Deutschland angeklagt.

MÜNCHEN

Einer Antifaschistin wurde vorgeworfen Mitglied einer kriminellen Vereinigung zu sein und sich an Überfällen auf Neonazis während des „Tag der Ehre“ in Budapest beteiligt zu haben. Das Verfahren gegen sie endete nach 32 Verhandlungstagen mit einer Verurteilung zu einer fünfjährigen Haftstrafe.

